

I n t e g r a t i o n s f o r u m
Neues Rathaus Hannover - 6.10. 07
Oberbürgermeister Stephan Weil

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

Ich begrüße Sie herzlich zum ersten *Integrationsforum* im Bürgersaal unseres Rathauses.

In den vergangenen Wochen haben wir innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch mit externen Fachleuten und mit guter Beratung durch den *Lokalen Integrationsrates* die städtische Integrationspolitik auf eine neue Grundlage gestellt. Die Ergebnisse dieser Arbeit finden Sie im *Lokalen Integrationsplan* der seit Mitte September vorliegt.

Auf dem Umschlag dieses 120-Seiten starken Papiers finden Sie den Aufdruck: Diskussionsentwurf.

Dieses Wort verdeutlicht unseren Anspruch:

Wir wollen mit möglichst vielen Menschen in Hannover über unsere Vorschläge zur Gestaltung der Integrationspolitik in unserer Stadt sprechen.

Wir wollen hören:

- Wo liegen wir falsch.
- Was können wir besser machen.
- Was haben wir bisher vergessen.

Aus diesem Grund haben wir einen Diskussionsentwurf produziert und keinen fertigen Plan vorgelegt. Und - aus diesem Grund führen wir auch das heutige Forum durch.

In den sechs Fachforen werden die Leiter der Arbeitsgruppen die Ziele und die Projekte für die jeweiligen Politikfelder vorstellen.

Ich kann nicht nur für mich, sondern auch für alle Kolleginnen und Kollegen sprechen, die an der Erarbeitung des LIP beteiligt waren:
Wir freuen uns auf die Diskussionen am heutigen Tage.

Ich kann Ihnen natürlich nicht versprechen, dass jeder Vorschlag übernommen wird.

Versprechen kann ich Ihnen jedoch:

Wir nehmen Ihre Anregungen ernst nehmen und wir werden jeden Vorschlag prüfen.

Im Juli dieses Jahres hat die Bundesregierung einen *Nationalen Integrationsplan* für Deutschland verabschiedet.

In diesem Konzept wird die herausragende Bedeutung der kommunalen Ebene für das Gelingen der Integration betont und in diesem Zusammenhang gefordert:
Integration muss Chefsache werden!

In Hannover wurde diese Forderung bereits mit meinem Amtsantritt erfüllt.

Seit Jahresbeginn ist die städtische Integrationspolitik in meinem Dezernat angesiedelt. Ich habe eine städtische Lenkungsgruppe eingesetzt, der unter anderem alle Dezernenten angehören.

Im Frühjahr hat ein *Lokaler Integrationsrat* seine Arbeit aufgenommen. Dieses 50-köpfige Gremium, die Hälfte der Mitglieder besitzt einen Migrationshintergrund, hat bereits in vier Sitzungen die Vorschläge zu Neugestaltung der städtischen Integrationspolitik erörtert.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich für die konstruktive Arbeit des Integrationsrates bedanken.

Mit diesem neuen Gremium haben wir eine neue Qualität in die städtische Integrationsarbeit gebracht.

Integrationspolitik ist Chefsache. Dabei darf es allerdings nicht bleiben.

Ich sage es ganz deutlich:

Aus der Chefsache muss ein eine Stadtsache werden, sonst werden wir keinen Erfolg haben.

Schließlich dürfen wir eine Tatsache nicht vergessen:

Integration kann man nicht verordnen!

Niemand kann gegen seinen Willen integriert werden. Und - niemand wird gegen seinen Willen Zuwanderern gegenüber eine integrationsfreundliche Haltung einnehmen.

Vom französischen Staatstheoretiker Montesquieu stammt das Zitat:

In der Politik darf man die Menschen nicht vor sich hertreiben. Man muss sie dazu bringen, einem zu folgen.

Überzeugungsarbeit in der Integrationspolitik ist keine leichte Aufgabe. Ich denke, die, die schon länger in diesem Feld aktiv sind wissen, wie lang der Weg zu einer realitätstauglichen Integrationspolitik in Deutschland gewesen ist.

Wir reden ja auch erst in einer Situation über Integration von Zuwanderern, in der in unserem Land nur noch eine geringe Zuwanderung zu verzeichnen ist.

Wir sind ein Einwanderungsland in das aktuell gar keine nennenswerte Einwanderung stattfindet.

Wir betreiben nachholende Integration. Das heißt, wir gleichen Integrationsdefizite der Vergangenheit aus.

Und da gibt es tatsächlich viel nachzuholen.

In Deutschland leben mittlerweile gut 15 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund.

Die Einwanderinnen und Einwanderer haben vorrangig in den großen Städten eine neue Heimat gefunden. Deshalb ist natürlich auch in Hannover ein höherer Migrantenanteil als im Bundesdurchschnitt zu verzeichnen.

Es war übrigens schon immer eine wichtige Funktion der Großstädte, Menschen mit unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und religiösen Herkunft eine Heimat zu bieten. Letztlich macht ja auch die Vielfalt der Lebensstile urbanes Leben aus.

Großstädte ohne eine vielfältige Einwohnerschaft wären sicher ziemlich reizlose Orte.

In Hannover wohnen etwa 76.000 Menschen die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.
Hinzu kommen noch 43.000 Menschen die neben der deutschen noch eine weitere Nationalität besitzen.

Wenn wir von Migrationshintergrund sprechen, dann meinen wir in Hannover fast 120.000 Menschen. Also rund 23% der hannoverschen Bevölkerung.

Diese Zahlen verdeutlichen:
Integrationspolitik ist lange schon kein Minderheitenthema.

Und es ist ohnehin kein Thema, das nur Migranten angeht, sondern Anstrengungen von der gesamten Stadtgesellschaft erfordern. Auch dies muss deutlich gesagt werden.

Deshalb haben wir in den Leitlinien des LIP geschrieben:

Integration geht über das friedliche Miteinander von Einheimischen und Eingewanderten hinaus. Es handelt sich um einen zweiseitigen Prozess, der Offenheit, Akzeptanz und Dialog von allen Teilen der Stadtgesellschaft erfordert.

Integration bedeutet, sich wechselseitig anzuerkennen und gemeinsam für die Gesellschaft Verantwortung zu tragen.

Sie stimmen sicher mit mir überein, dass wir da einen hohen Anspruch formuliert haben.

Unsere Aufgabe wird es sein – und das gilt auch für die heutige Veranstaltung-

Wir sollten uns nicht gegenseitig in der Formulierung hehrer Ziele überbieten:

Es geht darum, konkrete Maßnahmen zu entwickeln. Und es geht darum, deren Realisierung die entsprechende Unterstützung zu organisieren!

Kommunalpolitik - auch in einer Großstadt - muss sehr genau die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten definieren und darf dabei nicht die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ignorieren.

Erlauben Sie mir deshalb vier Anmerkungen zum Rahmen städtischen Handelns in der Integrationspolitik:

Erstens zum Recht:

Die Gesetze zur Einwanderungs- und Integrationspolitik werden vom Bundestag und den Landtagen beschlossen.

Dies geschieht immer mehr nach Vorgaben der Europäischen Union. Und das ist gut so. Wir brauchen die europäische, die internationale Abstimmung.

Schließlich ist Migration ein weltweites Phänomen, das sich nationalstaatlichen Lösungen oft entzieht.

Zweitens zum Bildungssystem:

Über die Struktur des Bildungswesens in unserem Land entscheiden nicht die Kommunen.

Ich betone dies, weil es Schulformen gibt, die für Migrantenkinder chancenreicher sind als das Modell, das wir in Niedersachsen haben.

Zur Bedeutung der Bildung für das Gelingen von Integration sage ich später noch etwas

Drittens zur Finanzierung:

Kommunale Etats sind mit einer Kompensation zu gering ausfallender Bundes- und Landesmittel in integrationsrelevanten Politikbereichen überfordert.

Wenn – zum Beispiel -Sprachfördermittel gekürzt werden, wenn Bundes- oder Landesmittel in der Migrationsberatung eingespart werden, dann können Städte dies nur selten kompensieren.

Übrigens: Über den wichtigsten Haushaltstitel zur Integration steht gar nicht Integration darüber:

Es geht um die Bildungs- und Betreuungsetats. Hier entscheidet sich das Gelingen der Integration. Jedenfalls das der jungen Generation.

Eine vierte und letzte Anmerkung will ich zur Wirtschaft und zur Medienwelt machen:

Für Integrationsprozesse bedeutsame Entwicklungen in der Wirtschaft entziehen sich weitgehend dem kommunalen Einfluss. Gleiches gilt für die Darstellung von Migranten, von Problemen oder Vorteilen der Integration in den Medien: Etwa im Fernsehen oder in den Zeitungen.

Das alles müssen wir bei der Gestaltung der lokalen Integrationspolitik berücksichtigen.

Mir liegt es fern, die stadtpolitische Ebene klein zu reden. Es gibt im Englischen den schönen Satz:

All politics is local

Das heißt:

Erfolge und Misserfolge einer Politik werden vor Ort sichtbar – im Alltag erlebbar.

Es gibt natürlich auch Dinge, die kann eine Stadt selbst frei entscheiden. Zum Beispiel, wie stark sich die Stadtverwaltung interkulturell öffnet.

Hier haben wir uns Ziele gesetzt:

Wir werden mehr in die Schulung im Bereich interkulturelle Kompetenz investieren.

Und bis 2015 soll der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund bei 20% liegen.

Wir wollen sehr wohl unsere Handlungsmöglichkeiten nutzen und uns nicht hinter externen Sachzwängen verstecken.

In diesem Bewusstsein - mit diesem Anspruch - haben wir unseren Lokalen Integrationsplan entworfen.

Ich will Ihnen hier nicht den ganzen Plan vorstellen.
Das geht sehr viel besser in den einzelnen Fachforen.

Allerdings möchte ich Ihnen hier in vier Anmerkungen die Grundausrichtung dieses Lokalen Integrationsplanes näher bringen.

Erstens :

Der LIP umfasst das ganze Spektrum der lokalen Integrationspolitik - setzt aber auch die richtigen Prioritäten:

Wir haben Ziele und Projekte für viele unterschiedliche Felder der Stadtpolitik definiert.

Wir haben uns aber auch getraut, klare Prioritäten zu setzen:

Wir wollen Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien auf ihrem Weg zu guter Bildung und Ausbildung unterstützen und damit eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Sie wissen, der Anteil von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund ist deutlich gewachsen.

Rund 40% der Neugeborenen in Hannover haben einen Migrationshintergrund!

Sie wissen sicher auch, dass diese Kinder sehr häufig im Bildungssystem scheitern.

Für eine zukunftsfähige Entwicklung dieser Stadt – des Wirtschaftsstandortes !!- brauchen wir eine gute Ausbildung möglichst vieler junger Menschen. Allein aus diesem Grund müssen wir hier die Priorität setzen.

Zweite grundsätzliche Anmerkung zum LIP:

Der LIP ist ein mutiger Plan Er scheut nicht die Auseinandersetzung mit „kontroversen Themen“

Wir haben den Ehrgeiz, einen realitätstauglichen Plan aufzustellen. Etwas Anderes macht auch keinen Sinn, da die Menschen in der Stadt die integrationspolitische Wirklichkeit doch jeden Tag erleben.

Deshalb ist der LIP kein *multikulturelles Poesiealbum* geworden. Er aber auch keine Anleitung zur Ausgrenzung.

Wir behandeln Themen wie Illegale Migration oder auch Rassismus, den es auch bei Migranten gibt.

Ich habe bereits gesagt: Unsere Integrationspolitik erwartet von beiden Seiten Leistungen. Von denen die hier schon eingewandert sind und von denen, die hier schon lange leben.

Ich will hier allerdings deutlich sagen:

Es gibt Dinge, die kann man Migranten zwar erleichtern, die kann man ihnen aber auch nicht abnehmen.

Dazu gehört die Einsicht, dass Bildung der Schlüssel zum sozialen Aufstieg und zur gesellschaftlichen Teilhabe ist.

Dieser Einsicht müssen sich Eltern stellen, wollen sie nicht die Chancen ihrer Kinder drastisch einschränken.

Dritte Anmerkung:

Der LIP setzt auf die Chancen von Zuwanderung

Wenn wir erfolgreiche Integrationspolitik machen wollen, dann dürfen wir nicht bei der Thematisierung der gesellschaftlichen Gefahren misslungener Integration stehen bleiben.

Wir müssen die Chancen einer weltoffenen, interkulturellen, vielfältigen Stadt in den Mittelpunkt stellen.

Hannover ist ein Messestandort von internationaler Bedeutung, hier haben Unternehmen ihren Sitz, die weltweit agieren.

Wir profitieren von Studierenden und Wissenschaftlern aus vielen Nationen.

Wir befinden uns im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe.

Wir freuen uns über Gäste aus aller Welt und engagieren uns für Investitionen ausländischer Unternehmen.

Auch wenn es hier und dort geleugnet wird – es ist eine Tatsache:

Angesichts der globalen Verflechtungen der Märkte zählt Internationalität zu den wichtigsten Standortfaktoren einer Region.

Und Einwanderung war und ist ein Motor für den gesellschaftlichen Wandel und verleiht den Städten die notwendige Dynamik.

Auch deshalb sage ich:
Ich will ein weltoffenes, ein kulturell vielfältiges Hannover.
Und auch deshalb brauchen wir eine gute Integrationspolitik in unserer Stadt.

Zum Schluss ein wichtiger Hinweis:

Der LIP ist kein Schubladenpapier – es geht um Umsetzung und um Weiterentwicklung .

Wir sollten heute darüber sprechen, ob wir die richtigen Ziele definiert und richtige Maßnahmen entwickelt haben.

Dabei sollten wir jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass wir auch gemeinsam dafür sorgen müssen, dass Integrationspolitik in Hannover nicht Chefsache bleibt, sondern zu Stadtsache wird.

In diesem Sinne wünsche ich uns einen guten Verlauf der Foren und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.